

Newsletter

Nr. 12/2023



Botschafter von Israel zu Gast in der CDU/CSU-Fraktion

Die Sicherheit Israels ist für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Staatsräson. Wir verurteilen den abscheulichen und menschenverachtenden Terrorangriff der Hamas auf den Staat Israel und seine Bevölkerung. Wir trauern gemeinsam mit den Familien der Opfer. Wir stehen mit voller Solidarität an der Seite des Staates Israel und seiner Bürgerinnen und Bürger. Dazu zählt selbstverständlich, dass wir Israel bei der Ausübung seines völkerrechtlich verbrieften Rechts auf Selbstverteidigung zur Seite stehen.

Denjenigen, die auf den Straßen Deutschlands Gewalt gegen Zivilisten und die Ermordung unschuldiger Kinder, Frauen sowie Männer zelebrieren, ist mit der vollen Härte des Rechtsstaats zu begegnen. Die Verherrlichung von Gewalt ist nicht durch die Meinungsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes gedeckt. Die beschämenden Vorgänge auf den Straßen Berlin-Neuköllns und auch andernorts müssen unverzüglich aufgeklärt und strafrechtlich geahndet werden. Nicht-deutsche Staatsbürger, die rechtskräftig verurteilt werden, müssen des Landes verwiesen werden.

Wir fordern außerdem, dass alle direkten und indirekten Zahlungen Deutschlands und der Europäischen Union in die palästinensischen Gebiete sofort gestoppt und mit kritischem Maßstab einer Prüfung unterzogen werden. Geld kann zukünftig nur erhalten, wer sich zweifelsfrei vom Terror distanziert und die Existenz Israels unmissverständlich anerkennt.

Wir stehen an Israels Seite! Dies bekräftigten wir auch gegenüber S.E. Ron Prosor, Botschafter des Staates Israel in Deutschland, der bei unserer Fraktionssitzung am Dienstag zu Gast war (siehe Bild).



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion Michael Wittig

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

die Sitzungswoche des Deutschen Bundestages steht im Zeichen der Welle des Terrors, die Israel seit den frühen Morgenstunden des 7. Oktobers erschüttert.

In der Fraktionssitzung am Dienstag konnten wir S.E. Ron Prosor, Botschafter des Staates Israel in Deutschland, begrüßen, der uns sehr eindrucksvoll die Lage in seinem Land geschildert und um Unterstützung gebeten hat. Für uns ist klar, dass die Sicherheit Israels Staatsräson ist. Gemeinsam mit den Regierungsfractionen haben wir einen Entschließungsantrag entworfen und verabschiedet, mit dem die Unterstützung Israels noch einmal zum Ausdruck gebracht wird.

Daneben ging auch die Sacharbeit in dieser Woche weiter, unsere Fraktion hat erneut Vorschläge zur Entlastung der Kommunen beim aktuellen Flüchtlingszustrom gemacht und u. a. wieder gefordert, das Sachleistungsprinzip konsequent umzusetzen und Bezahlkarten einzuführen.

Darüber hinaus haben wir uns auch mit dem weiteren Fortkommen der Digitalisierung im Land beschäftigt und einen Vorschlag eingebracht, mit dem bei bestimmten Rechtsgeschäften der Formzwang erleichtert und auf die elektronische Form zurückgegriffen werden soll.

Es würde mich freuen, wenn Sie sich über unsere Initiativen auch auf www.cducusu.de informieren würden!

Ein schönes Wochenende und viel Freude beim Lesen!

The
Nina Warken

Jugendliche aktiv einbeziehen



Bildquelle: Stadt Tauberbischofsheim

„Unser tbb_ Entscheidet mit!“ – unter diesem Motto beteiligt die Stadt Tauberbischofsheim Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die für sie wichtig sind. Ihre Stimmen und Perspektiven sind dabei von unschätzbarem Wert. Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen des Tauberbischofsheimer Gemeinderats und Verantwortlichen der Stadtverwaltung konnte ich beim städtischen Jugendforum einen spannenden Dialog erleben und wichtige Impulse der Schülerinnen und Schüler daraus ableiten. Themen waren unter anderem die Innenstadtentwicklung, Freizeitangebote und der ÖPNV.

Besuch bei Rauch Möbel in Freudenberg



Bildquelle: Büro Warken

Bei einer Führung durch die Produktionsanlage sowie die hauseigene Möbelausstellung nahm ich viele Herausforderungen wahr: Neben den hohen Energiekosten und dem Fachkräftemangel ist die aktuelle Wirtschaftslage Deutschlands die größte Aufgabe. Unternehmen spüren die Konsumzurückhaltung der Menschen. Hier ist die Politik gefragt, um bei den Bürgern wieder mehr Zuversicht zu schaffen. Darüber hinaus bedarf es einer Energiepolitik, die es den Unternehmen ermöglicht, international konkurrenzfähig zu bleiben. Aber auch den Impuls, dass es statt immer stärkerer Beschränkungen wieder die Möglichkeit braucht, unternehmerisch agieren zu können, nehme ich aus meinem Gespräch mit CEO Rainer Hribar für meine politische Arbeit nach Berlin mit.

Kreiserntedankfeier in Obrigheim



Bildquelle: Büro Warken

Das Erntedankfest ist eine gute Gelegenheit, Kindern wie Erwachsenen den Wert unserer Lebensmittel deutlich zu machen und allen zu danken, die Tag für Tag daran arbeiten, unsere Teller zu füllen. Es erinnert uns außerdem daran, wie eng wir mit der Natur verbunden sind und wie wichtig es ist, diese zu schützen.

Gerne bin ich daher der Einladung zur Kreiserntedankfeier mit einem ökumenischen Gottesdienst in der katholischen Pfarrkirche St. Laurentius in Obrigheim gefolgt. Beim anschließenden Begegnungstreffen kamen Landwirte und Verbraucher ins Gespräch. Die Übergabe der Erntegaben an die Kindergärten der Gemeinde Obrigheim rundete die Feier ab. Neu war die Überreichung der „Goldenen Meisterbriefe“ an Landwirte und Hauswirtschafterinnen, die schon vor 50 Jahren oder länger ihre Meisterprüfung abgelegt haben.

200 Jahre Wertheimer Michaelismesse



Bildquelle: Landratsamt Main-Tauber-Kreis

Die Michaelismesse in Wertheim feiert 200-jähriges Jubiläum. Beim Festkommers anlässlich des Jubiläums war ich zu Gast in der Main-Tauber-Halle. Baden-Württembergs stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl hielt die Festrede. „Wie wird die Mess?“ wurde dabei vom gefüllten Saal einstimmig mit „Gut wird die Mess!“ beantwortet. Und dies war in der Tat so – nach dreijähriger Abstinenz präsentierte sich die Stadt festlich mit einem abwechslungsreichen Programm, das tausende Besucher anzog.

Folgen Sie mir auch auf...

Änderung des Bundesvertriebenengesetzes und Null Toleranz bei Clankriminalität



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In der letzten Sitzungswoche im September habe ich gleich zwei Reden im Plenum des Deutschen Bundestages gehalten. Dabei ging es zum einen um den CDU/CSU-Antrag „Null Toleranz bei Clankriminalität – Ankündigungen müssen unverzüglich Taten folgen“ und zum anderen um eine notwendige Änderung des Bundesvertriebenengesetzes.

Dabei habe ich in meiner Rede zur Clankriminalität ausgeführt, dass es an der Zeit sei, dass wir eine Null-Toleranzpolitik gegenüber Clankriminalität mit aller Entschlossenheit durchsetzen. In unserem Antrag haben wir als Union einen konkreten Maßnahmenkatalog vorgestellt, wie die Clankriminalität wirksam bekämpft werden kann. Jetzt liegt es an der Regierung diesen Maßnahmenkatalog in die Tat umzusetzen. Die Zeit der bloßen Ankündigungen muss ein Ende haben!

Im Rahmen meiner Rede zum Bundesvertriebenengesetz habe ich hinsichtlich der Notwendigkeit einer Änderung und zu deren Hintergründen gesprochen. Dabei habe ich deutlich gemacht, dass wir als Union an der Seite der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler stehen und wir uns für eine zügige Gesetzesänderung einsetzen. Zudem habe ich kritisiert, wie die Ampel ohne jede Not das Gesetzgebungsverfahren immer wieder verzögert hat. Es handelt sich weder um ein Gesetz mit schwierigem Regelungsgehalt noch mit einem hohen Begründungsaufwand. Die monatelange Verzögerung ist schlicht mit Machtspielen innerhalb der Regierungsfractionen zu erklären. Diese Art und Weise des Vorgehens ist nicht tragbar. Es ist vielmehr verantwortungslos und wird den betroffenen Menschen nicht gerecht, dieses Gesetz als schlichte Verhandlungsmasse zu sehen. Höchste Zeit also, dass den Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern durch die dringend erforderliche Gesetzesänderung endlich geholfen wird.

Bezahlkarten einführen – Sachleistungsprinzip konsequent umsetzen



Bildquelle: Shutterstock

Der aktuelle Flüchtlingszustrom bringt Deutschland an seine Belastungsgrenze. Die Kommunen sind mit der aktuellen Situation überfordert. Gleichzeitig nimmt die Akzeptanz der Bevölkerung für die Aufnahme weiterer Asylsuchender zunehmend ab. Wir wollen die Anreize für eine ungesteuerte Migration nach Deutschland senken. Die hohen Sozialleistungen für Asylbewerber sind ein Grund, der dazu beiträgt, dass übermäßig viele Asylsuchende einen Aufenthalt in Deutschland gegenüber einem Aufenthalt in einem anderen EU-Mitgliedsstaat bevorzugen. Um Anreize zu verringern, sollten Bargeldzahlungen von Leistungen so weit wie möglich vermieden werden. Sofern möglich sollten deshalb Leistungen in erster Linie als Sachleistungen für die Leistungsberechtigten angeboten werden.

Mit unserem Antrag – den wir in dieser Woche in erster Lesung beraten haben – greifen wir deshalb einen Vorschlag aus dem Freistaat Bayern auf, für Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eine bargeldlose Bezahlkarte einzuführen. Somit wird eine angemessene, praktikable und gerechte Balance zwischen Sach- und Geldleistungen geschaffen, die eine Basis für eine breite Akzeptanz in der Gesellschaft sein kann. Gleichzeitig wäre die Einführung einer solchen Bezahlkarte eine konsequente Weiterentwicklung des Sachleistungsprinzips. Eine Integration in die Gesellschaft wird durch die Bezahlkarte nicht behindert.

Der Vorschlag findet auch weitere Zustimmung: 69 Prozent der Deutschen sind laut einer INSA-Studie dafür, dass Asylbewerber eher Sach- statt Geldleistungen erhalten.

Herzlich willkommen im Team!

Seit Oktober verstärkt Anna-Lena Roth mein Team im Berliner Abgeordnetenbüro in Berlin. Nachdem sie dort bereits 2017 ein Praktikum absolvierte, arbeitet sie seit Oktober als wissenschaftliche Mitarbeiterin in meinem Team.

Damit ist mein Team jetzt wieder komplett und gut aufgestellt für die weitere Arbeit. Ich wünsche Anna-Lena Roth einen guten Start und freue mich auf die Zusammenarbeit.



Bildquelle: Büro Warken

Einstufung Georgiens und der Republik Moldau als sichere Herkunftsstaaten



Bildquelle: Shutterstock

Der Bundestag hat diese Woche über die Einstufung Georgiens und der Republik Moldau als sichere Herkunftsstaaten debattiert. Dies ist ein längst überfälliger Schritt. Die Anerkennungsquoten von Asylbewerbern aus diesen Ländern liegen seit langem deutlich unter einem Prozent. Darüber hinaus zählt insbesondere Georgien seit Jahren durchgehend zu den TOP 10 der Länder, deren Staatsangehörige die meisten Asylerstanträge in Deutschland stellen. Durch die Einstufung wird eine zügigere Bearbeitung der Asylanträge ermöglicht, es ändert aber nichts an der sorgfältigen Prüfung jedes Einzelfalls. Der Gesetzentwurf kommt spät und ist in der aktuellen Migrationskrise viel zu wenig.

Wir als Union fordern daher, dass die Liste der sicheren Herkunftsstaaten auf die Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien ausgeweitet wird. Dass die Ampelkoalition diesen dringend notwendigen Schritt nicht geht, zeigt einmal mehr, dass sie und allen voran die Bundesinnenministerin den Ernst der Lage in den Kommunen immer noch nicht verstanden haben.

Fotogalerie



Bildquelle:
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Philip-Andreas Bopst

Forum Fraktion zum Thema Kreislaufwirtschaft



Bildquelle: CDU Neunkirchen

Schaukeltern der CDU Neunkirchen mit Thomas Strobl



Bildquelle:
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Michael Wittig

Nachhaltigkeitsaktion Nistkasten der Fraktion



Bildquelle: Büro Warken

Besuch THW Neunkirchen



Bildquelle: Landratsamt Main-Tauber-Kreis

Integrierte Leitstelle Main-Tauber-Kreis mit Staatssekretär Blenke



Bildquelle: Büro Warken

Besuch bei Rauch Möbel in Freudenberg

IMPRESSUM